

**Sachstand zur
Verbindungsstraße mit Bahnübergang
zwischen Maria-Probst-Straße und Lilienthalallee
im 12. Stadtbezirk Schwabing - Freimann**

**Ein Bahnskandal erster Güte!?
Stadtrat umgehend über Planungsstand der Verbindungsstraße zwischen
dem Frankfurter Ring und dem Euroindustriepark in Freimann informieren!**

Antrag Nr. 14-20 / A 03081
von Herrn Stadtrat Richard Quaas,
Herrn Stadtrat Johann Sauerer und
Frau Stadträtin Dorothea Wiepcke
vom 05.05.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09567

Anlagen

1. Antrag Nr. 14-20 / A 03081
2. Bekanntgabe vom 26.04.2016, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04965
3. Stellungnahme Deutsche Bahn AG vom 03.07.2017
4. Stellungnahme Eisenbahn-Bundesamt vom 23.06.2017

Beschluss des Bauausschusses vom 12.09.2017 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

1. Anlass

Mit Antrag Nr. 14-20 / A 03081 vom 05.05.2017 haben Herr Stadtrat Richard Quaas, Herr Stadtrat Johann Sauerer und Frau Stadträtin Dorothea Wiepcke die Verwaltung aufgefordert, möglichst unter Beiziehung eines verantwortlichen Vertreters der Deutschen Bahn AG und/oder des Eisenbahnbundesamtes, dem Stadtrat direkte Auskunft über den Stand der Planung für die seit 2 Jahrzehnten geplante Straßenverbindung zwischen dem Frankfurter Ring und dem Europark in Freimann, wo auch ein Bahnanschlussgleis gequert werden muss, wo aber immer noch kein Fortschritt zu erkennen sei, zu geben.

Zur Behandlung des Antrags wurden die Deutsche Bahn AG (DB AG) und das Eisenbahnbundesamt (EBA) um Stellungnahme gebeten. Die Stellungnahmen liegen inzwischen vor. Der Antrag kann damit behandelt werden.

2. Sachstand

Mit Beschluss des Bauausschusses vom 29.03.2011 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 06299) wurde die Bedarfs- und Konzeptgenehmigung für die Verbindungsstraße mit Bahnübergang zwischen der Maria-Probst-Straße und der Lilienthalallee erteilt.

Zur Projektbeschreibung wurde u. a. ausgeführt, dass der Bau einer Straßenverbindung zwischen der Maria-Probst-Straße und der Lilienthalallee einer besseren Erschließung des Euro-Industrieparks vom Frankfurter Ring her dient. Dadurch wird eine Entlastung der überlasteten Kreuzung Frankfurter Ring / Ingolstädter Straße bewirkt und insgesamt gesehen eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit erreicht.

Das Konzept zum Neubau beinhaltet neben einer zweistreifigen Fahrbahn, die in ausreichender Breite und Stärke für LKW- und Linienbusverkehr hergestellt wird, auch die gesicherte Querungsmöglichkeit für Radfahrer und Fußgänger. Die geplante Straßenverbindung hat eine Länge von ca. 100 m.

Der Neubau des höhengleichen Bahnübergangs mit entsprechender Anpassung des Gleisbestandes beinhaltet den teilweisen Rückbau bestehender Gleisanlagen, den Neubau von Gleisen, den Bau von Entwässerungsanlagen im Bereich des Bahnübergangs und den Um- und Neubau von Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik sowie der Oberleitung.

Das Baureferat wurde mit vorgenanntem Beschluss vom 29.03.2011 beauftragt, die notwendigen Planungen und Untersuchungen für die Realisierung der Verbindungsstraße zwischen der Maria-Probst-Straße und der Lilienthalallee auch bereits im Vorgriff auf eine Planungsvereinbarung mit der DB AG zu erarbeiten und nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens durch die DB AG dem Stadtrat die Projektgenehmigung vorzulegen. Die Kostenteilung wird im Zuge der Planungsvereinbarung zwischen den Vertragsparteien geregelt.

Über den Sachstand zum Genehmigungsverfahren wurde der Stadtrat mit Bekanntgabe im Bauausschuss vom 26.04.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04965) zuletzt informiert (siehe Anlage 2). Wie dort ausgeführt, wurden die Unterlagen für das Plangenehmigungsverfahren beim EBA im Juli 2014 eingereicht und seitens der Stadt alle erforderlichen Genehmigungen (u. a. landschaftspflegerischer Begleitplan, artenschutzrechtliche Befreiung) eingeholt. Auch eine isolierte planungsrechtliche Befreiung nach § 31 BauGB von den Festsetzungen der zugrundeliegenden Bebauungspläne wurde erwirkt.

Nach mehrmaliger Überarbeitung der Antragsunterlagen (siehe dazu Stellungnahme DB AG in Anlage 3 sowie Stellungnahme EBA in Anlage 4) stellt sich der Verfahrensstand aus Sicht des EBA wie folgt dar:

„Erst seit August 2016 liegt dem EBA ein vollständiger Antrag vor, so dass nach erneuter Eingangsprüfung die betroffenen Grundstückseigentümer sowie die Träger öffentlicher Belange (Behörden und andere Stellen) am Verfahren beteiligt werden konnten.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist abgeschlossen. Die Vorhabenträgerin hat sich zwischenzeitlich zu den Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren geäußert.

Im nächsten Schritt wird das EBA die Entscheidung erarbeiten.

Eine zeitliche Prognose für den Abschluss des Verfahrens ist derzeit aufgrund des Abschlusses höchst prioritärer Planfeststellungsverfahren leider nicht möglich.

Das EBA geht jedoch nach derzeitiger Einschätzung davon aus, dass der Abschluss des Plangenehmigungsverfahrens noch im Jahr 2017 erfolgen wird.“

Nach Abschluss des Plangenehmigungsverfahrens wird das Projekt dem Stadtrat, wie beauftragt, zur Genehmigung vorgelegt. In diesem Zusammenhang wird dann auch der sich aus den Anforderungen der Plangenehmigung ergebende Bauablauf terminiert.

Der Antrag Nr. 14-20 / A 03081 von Herrn Stadtrat Richard Quaas, Herrn Stadtrat Johann Sauerer und Frau Stadträtin Dorothea Wiepcke vom 05.05.2017 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Beteiligungsrechte der Bezirksausschüsse gemäß der Satzung für die Bezirksausschüsse bestehen in dieser Angelegenheit nicht.

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 12 Schwabing - Freimann hat jedoch Abdrucke der Vorlage zur Information erhalten.

Dem Korreferenten des Baureferates, Herrn Stadtrat Danner, und der Verwaltungsbeirätin der Hauptabteilung Tiefbau, Frau Stadträtin Dr. Menges, ist je ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03081 von Herrn Stadtrat Richard Quaas, Herrn Stadtrat Johann Sauerer und Frau Stadträtin Dorothea Wiepcke vom 05.05.2017 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

Rosemarie Hingerl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. - III.**
über das Direktorium - HA II/V Stadtratsprotokolle
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
zur Kenntnis.

V. Wv. Baureferat - RG 4 zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss 12 Schwabing - Freimann

An das Direktorium - HA II / V

An das Kommunalreferat

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

An die Stadtwerke München GmbH

An das Baureferat - G, H, J, T, V, MSE

An das Baureferat - T / Vz (zu T-Nr. T17240)

An das Baureferat - RZ, RG 2, RG 4

zur Kenntnis.

Mit Vorgang zurück zum Baureferat - Tiefbau
zum Vollzug des Beschlusses.

Am
Baureferat - RG 4
I. A.